

Presseinformation

248/10

Kiel, 1. September 2010

Björn Thoroë zum Ausbildungsbeginn 2010: „Jede sechste Bewerbung ist erfolglos. Recht auf Ausbildung festschreiben.“

Kiel. DIE LINKE im Schleswig-Holsteinischen Landtag fordert die schwarz-gelbe Übergangsregierung dazu auf, eine Ausbildungsplatzumlage einzuführen. Hintergrund sind die kürzlich von der Bundesagentur für Arbeit veröffentlichten Zahlen für Schleswig-Holstein, nach denen 2701 gemeldete Suchende bisher ohne Ausbildungsplatz sind.

„Freiwillige Selbstverpflichtungen haben bisher nicht dazu geführt, allen Bewerberinnen und Bewerbern einen Ausbildungsplatz zu vermitteln. Jetzt muss gehandelt werden und schnellstmöglich eine Ausbildungsplatzumlage eingeführt werden. Wer nicht ausbildet, muss zahlen!“ sagte Björn Thoroë, berufsbildungspolitischer Sprecher der LINKEN. „Es bleiben noch zu viele Ausbildungswillige auf der Strecke. Nicht mitgezählt sind dabei diejenigen, die in Warteschleifen ohne betrieblichen Ausbildungsplatz hingehalten werden oder sich aus Resignation gar nicht mehr bei der Bundesagentur melden.“

Dieser Schwebzustand müsse schnellstmöglich beendet werden. „Nur mit einem Rechtsanspruch für jeden Einzelnen wird allen Bewerbenden ein Ausbildungsplatz garantiert“, so Thoroë weiter.

Die statistische Schönfärberei, die immer wieder das Bild des Ausbildungsmarktes verzerre, könne nur durch die Einführung einer integrierten Ausbildungsstatistik beendet werden. DIE LINKE hat einen entsprechenden Antrag gestellt (Drs. 17/605), der voraussichtlich im November im Wirtschaftsausschuss behandelt werden wird.